

## Landkreis / Interview

# "Gorleben ist politisch tot"

Große Protestkundgebungen sind für heute, Sonnabend, im Wendland angekündigt. Anlass ist der erneute Castor-Transport und die Erkundung des Salzstocks Gorleben. Auch Dorothea Steiner (62, Osnabrück), umweltpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, will vor Ort sein. Am Rande einer Veranstaltung im hiesigen Bundestagswahlkreis stand Steiner für ein Redaktionsgespräch mit dieser Zeitung zur Verfügung.



**Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) hat jüngst gesagt, wegen der durch die Grundbesitzverhältnisse eingeschränkten Erkundungsmöglichkeiten halte er für ein Endlager in Gorleben ein „Aus für möglich“. Wie werten Sie diese Aussage?**

Das ist doch nur die taktische Begleitmusik, um die Enteignungsverfahren einzuleiten. Denn im Umkehrschluss heißt seine Botschaft doch: Wenn wir Gorleben belastbar erkunden wollen, dann müssen wir enteignen. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass Röttgen politisch plötzlich an Gorleben zweifelt.

**Die Grüne Europa-Abgeordnete Rebecca Harms fordert unter Verweis auf die Röttgen-Äußerung, es müsse „ein Aufbruch weg von Gorleben“ her. Wohin?**

Gorleben ist politisch tot und geologisch nicht geeignet. Man muss es stoppen. Wir müssen also wieder bei Null anfangen und nach den Kriterien des „Arbeitskreises

Endlagersuche“ eine bundesweite vergleichende Standortsuche beginnen. Dabei müssen wir neben Salzstöcken auch Standorte mit Ton- und Granitböden untersuchen, wie es die Schweiz und Frankreich am Nordrand der Alpen tun.

Was werden Sie am morgigen Sonnabend tun?

Ich werde mich in Gorleben mit dem Auto aufhalten, um mobil zu sein. Wir Grüne unterstützen die Demonstration und werden das vor Ort auch zeigen. Wir sehen unsere Funktion aber auch darin, flexibel präsent zu sein, wo es vielleicht brenzlich wird. Ich werde mit anderen Grünen-Abgeordneten in Beobachtungstrupps entlang der Bahnschienen präsent sein. Wir wollen dort, wo es sich eventuell zuspitzt, deeskalieren. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, dass ich kurzfristig eine Haltung einnehme, wo man sagen könnte, das kommt einer Blockade sehr nahe – aber selbstverständlich gewaltfrei.

**Die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth hat gesagt, „Blockaden sind ein Mittel in einer lebendigen Demokratie“. Stimmen Sie dem zu?**

Gewaltfreies Blockieren und Wegtragen-Lassen ist völlig im Rahmen des Grundgesetzes. Es ist ein völlig löegales Mittel – und oft auch sehr nützlich. Es ist dabei auch nicht in Ordnung, wenn die Polizei sich da gewaltmäßiger Mittel bedient.

**Sehen Sie im Blick auf die Anti-Atom-Bewegung oder auf „Stuttgart 21“ eine Renaissance der Außerparlamentarischen Opposition?**

Der Begriff Apo passt heute nicht mehr. Ich sehe eher ein Anwachsen von Bürgerbeteiligung. Also das Bestreben, sich über Wahlen hinaus an konkreten Entscheidungen zu beteiligen. Und zwar selbst dann, wenn es sich um bereits getroffene parlamentarische Beschlüsse handelt. Bürger mischen sich ein und sind immer sachkundiger. Viele wollen in so grundsätzlichen Fragen wie etwa der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken einen Volksentscheid. Eine 90-jährige Frau hat mir kürzlich gesagt: Sowas können die doch nicht einfach entscheiden, ohne uns zu fragen!

**In welchem Maße trägt das zum aktuellen Höhenflug der Grünen bei?**

Es trägt auch dazu bei. Wir setzen uns schon seit langem für Volksentscheide bei – zu Zeiten, also wir dafür fast nur Kritik einstecken mussten. Diese Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit ist es vor allen Dingen, die uns sehr zugute kommt.

**Sind die tollen Umfrageergebnisse für die Grünen nicht fast beängstigend? Wie bereitet man sich logistisch auf die kommenden Wahlen vor?**

Tja, wer hätte das vor ein, zwei Jahren gedacht? Das bedeutet eine ziemlich Verantwortung, dass die Menschen uns das zutrauen. Wichtig ist die Frage, wie wir unsere Glaubwürdigkeit erhalten, wenn wir unsere programmatischen Ansagen dann umsetzen wollen. Darauf müssen wir uns sehr sorgfältig vorbereiten.

Interview: Stefan Rothe